

## **Kleine Anfrage 1220**

der Abgeordneten Iris Schülzke  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Kiesabbau und Rekultivierung in Mühlberg/Altenau**

Am 21.10.2015 fand im Rathaus Mühlberg durch die Firma Berger/Rohstoffe GmbH eine Informationsveranstaltung zur Änderung des Planfeststellungsbeschlusses wegen der Errichtung eines Bahnanschlusses statt, so war die Einladung formuliert. Informiert wurde dann aber über die sich in Vorbereitung befindliche Erweiterung des Kiestagebaus bei Altenau. Die Firma gab zur großen Überraschung der eingeladenen Anwesenden bekannt, dass die Abbaufäche um mehr als 100 ha erweitert und dafür ein Gleisanschluss zwecks Abtransports des gewonnenen Rohstoffs neu verlegt werden soll. Der Gleisanschluss macht sich erforderlich, um den besonders wertvollen Kies in noch größerer Menge und effizienter abzutransportieren. Versichert wurde von der Firma, dass sie sich aktiv um die Rekultivierungsarbeiten bemüht, die Wertschöpfung in der Region verbleibt, bedeutende Steuerzahlungen erfolgen und die Nachhaltigkeit für die Heimat der Mühlberger Bürger sichergestellt wird. Fragen der ca. 100 anwesenden Bürger brachten in der Folge eine Reihe von Unklarheiten hervor.

Von der Firma wurde dargestellt, dass es zurzeit nicht möglich ist, die große Kieshalde abzutragen oder teilweise einzuspülen, weil es dazu keine Genehmigung gibt bzw. dies von den Behörden abgelehnt wird.

Die Bürgerschaft in Mühlberg ist verärgert, weil diese Kieshalde in den letzten Jahren auf über 30 m angewachsen ist, im gültigen Betriebsplan sind nur 15 m Höhe zugelassen. Sandimmissionen beeinträchtigen das Umland enorm, außerdem wirkt diese Halde als Landschaftsüberbauung störend.

Von den Bürgern wurde das ungeklärte Zufahrtsrecht bemängelt, ebenso ungeklärte Eigentumsverhältnisse und der extreme Lärm der bei Ostwind die Bürger in Altenau zusätzlich belastet. Von mehreren Bürgern wurde dargestellt, dass über ihre Flächen Abbaufahren angemeldet und vorbereitet werden, aber mit den Eigentümern noch keine Verbindungen zu Kaufverhandlungen aufgenommen wurden und die Eigentümer diese Vorhaben zum Kiesabbau auf ihren Grundstücken aus der Zeitung erfahren haben.

Zu Nachfragen im Detail, wie mit der riesigen Halde verfahren werden soll, welche gedanklichen Vorstellungen es zum Rückbau dieser Zwischenablagerung gibt, wie die Begrünung erfolgen soll, wurde erklärt, dass man ganz am Anfang stehe, das Vorgängerunternehmen diese Situation verursacht hat und man erst seit 2006 dieses Kieswerk betreibt. Im Wesentlichen blieben wiederum alle Fragen zur Umsetzung der

Datum des Eingangs: 28.10.2015 / Ausgegeben: 29.10.2015

weiteren Rekultivierung als Bestandteil der zurzeit gültigen Betriebspläne, die das Auskiesen unter bestimmten Bedingungen genehmigen, unbeantwortet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wenn für die Erweiterung des Kieswerkes ein neuer Rahmenbetriebsplan erstellt wird, soll nach Angaben des Antragstellers der alte Betriebsplan seine Wirkung verlieren. Müssen die Bürger in Mühlberg befürchten, dass dann die Rekultivierung der bisherigen Abbaufäche wiederum vernachlässigt wird?
2. In der Abendveranstaltung wurde den Beschwerden zur Lärmbelästigung begegnet, dass alles im Rahmen eines Gutachtens erfolgt. Wie und wann wurden und werden die Richtwerte des im Kieswerk entstehenden und in der Ortschaft Altenau ankommenden belastenden Lärms kontrolliert, liegen dazu Ergebnisse vor? (Bitte die einzelnen Ergebnisse darlegen!)
3. Wiederholt wurde von der Bürgerschaft dargelegt, dass ein ungewidmeter Weg, der auch über Fremdgrundstücke führen soll, als Betriebszufahrt genutzt wird. Entspricht das den Tatsachen, wer hat die Erlaubnis erteilt, das Privatgrundstücke ohne Zustimmung der Eigentümer, als Hauptzufahrt genutzt werden dürfen?
4. Den Mühlberger Bürgern wurde erklärt, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt, und für jede Tonne Kies 21 Cent Erlös als „Steuer“ bzw. als Abgabe an das Land Brandenburg abgeführt werden müssen. Entspricht das den Tatsachen und wofür wird diese Einnahme beim Land genutzt?
5. Welche Abgaben und in welcher Höhe erhält das Land Brandenburg vom „Kieswerk Altenau“? (Bitte alle Abgaben einzeln auflisten!)
6. Von der Firma Berger wurde wiederholt betont, dass die Vorgängerfirmen erhebliche Fehler gemacht hatten, die hohe Kieshalde und die fehlende Bepflanzung durch die Vorgänger zu verantworten sind, ein Lärmschutzwall angelegt wurde, zwar noch ca. 50 m fehlen, dieser dafür aber viel höher als die geplanten 3 m hergerichtet wurde.  
Da seit 2006 nun die Firma Berger diese Anlagen betreibt, ist es der Bevölkerung unklar, warum sich dieser Zustand weiter verschlechtert hat.  
Die Firma wiederum verweist jedoch auf Pflanzungen, die inzwischen allerdings vertrocknet sind und erklärt, dass Bewässerungen des neu angelegten Lärmschutzwalles Ausspülungen verursachen.  
Haben die Mühlberger zu befürchten, dass der Lärmschutzwall beim nächsten Starkregen auseinander gespült wird und angrenzende Flächen und Straßen mit Sanden überdeckt? Wer ist für die Sicherheit verantwortlich und wie sind die konkreten Auflagen für die überhöhte Sandhalde formuliert, wann sind diese umzusetzen? (Bitte alles in Detail darstellen!)
7. Welche Zeitplanvorgaben hat die Firma Berger um die verlässliche Begründung, entsprechend den Vorgaben aus dem gültigen Hauptbetriebsplan, zeitnah umzusetzen? (Bitte im Detail erläutern!)

8. Welche Maßnahmen wurden umgesetzt, um die Sandimmissionen in der Umgebung des Kieswerkes Altenau zu minimieren und welche Maßnahmen sind zu welchem Zeitpunkt geplant? (Bitte einzeln erläutern!)
9. An welchen Tagen erfolgten in den letzten 3 Jahren Kontrollen durch das zuständige Bergamt und welche Mängel wurden bisher abgestellt, welche Auflagen wurden bisher nicht erfüllt und welche Sanktionen sind schlussendlich festgelegt worden? (Bitte einzeln darstellen!)
10. Die Bürger von Mühlberg fühlen sich von den verschiedensten Behörden unverhältnismäßig übervorteilt. Die Antragstellung zur Entnahme einzelner Bäume oder kleine Eingriffe z. Bsp. bei Zuwegungsbefestigungen durch die in Mühlberg wohnenden Bürger erfolgen regelmäßig unter strengen Auflagen, die abgerechnet und nachgewiesen werden müssen.  
Wie schätzt die Landesregierung diese Situation ein, da in 9 Jahren durch das großflächig auskiesende Unternehmen viel zu wenig der in den Betriebsplänen festgesetzten Rekultivierungen erfolgt sind und nun die Bürger in Mühlberg den Standpunkt vertreten, dass sie bei der Gestaltung ihres Lebensraumes mit unverhältnismäßig strengen Regeln beauftragt werden, andererseits aber schutzlos dem Tun einzelner Unternehmen ausgesetzt sind, welche die Bevölkerung und die Umwelt schützenden Auflagen übersehen oder langfristig ignorieren?